



**INTERREGIONALER PARLAMENTARISCHER RAT
INTERREGIONALER PARLAMENTARIERRAT**
**Saarland - Grand Est - Luxemburg - Rheinland-Pfalz -
Wallonie - Föderation Wallonie-Brüssel -
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens**

**Empfehlung des Interregionalen Parlamentarierrates (IPR)
über**

**Die duale Ausbildung in der Großregion
verabschiedet anlässlich der 66. Plenarsitzung des IPR am 8. Oktober 2021**

**Der Interregionale Parlamentarierrat, zusammgekommen in seiner
Plenarsitzung am 8. Oktober 2021, vertritt in Bezug auf die duale Ausbildung
folgende Ansicht:**

- A. Sie ist auf grenzüberschreitender Ebene aufgrund verschiedener Hindernisse wie unzureichende Fremdsprachenkenntnisse, Nichtanerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und unterschiedliche Regelungen in den Gebieten der Großregion nach wie vor schwierig umzusetzen.
- B. Sie wird dank der zwischen den Gebieten der Großregion organisierten Mobilitätsprojekte grenzüberschreitend umgesetzt.
- C. Sie fördert die sozioprofessionelle Integration.
- D. Sie wird von Ausbildern durchgeführt, die methodisch und pädagogisch noch besser geschult werden können.
- E. Sie ermöglicht die spezialisierte Ausbildung von Arbeitskräften in strategischen Zukunftsbereichen wie der digitalen Technologie oder der nachhaltigen Entwicklung.
- F. Sie bietet jungen Menschen die Möglichkeit, an einem grenzüberschreitenden Mobilitätsprogramm teilzunehmen.
- G. Sie leidet unter einem Mangel an gesellschaftlicher Anerkennung in bestimmten Gebieten der Großregion.
- H. Sie hat positive sozioökonomische Auswirkungen auf alle Hauptakteure im System der dualen Ausbildung, d. h. auf Auszubildende, Unternehmen und Bildungsträger.

Der Interregionale Parlamentarierrat

- a. ist der Ansicht, dass die grenzüberschreitende duale Ausbildung in der Großregion nicht ausreichend entwickelt ist;
- b. betont, dass die duale Ausbildung ein wichtiges Element für die wirtschaftliche Erholung Europas nach der Corona-Pandemie ist;
- c. ist der Ansicht, dass die grenzüberschreitende duale Ausbildung ein wirksames Mittel ist, damit alle Gebiete der Großregion von der Spezialisierung der Grenzgänger profitieren;
- d. weist darauf hin, dass es von entscheidender Bedeutung ist, junge Menschen mit geringen Qualifikationen zu erreichen und sie in Ausbildungsprogramme zu integrieren;
- e. ist der Auffassung, dass die Weiterentwicklung der dualen Ausbildung in eine überregionale und nicht nur nationale oder regionale Logik eingebunden werden muss;
- f. ist der Ansicht, dass die grenzüberschreitende Berufsausbildung eine Schlüsselrolle bei der Behebung des durch die Überalterung der Bevölkerung in einigen Gebieten der Großregion verursachten Arbeitskräftemangels spielen wird;
- g. ist der Ansicht, dass die 2014 unterzeichnete Rahmenvereinbarung über die grenzüberschreitende Berufsbildung in der Großregion die gesetzten Ziele nicht erreicht hat;
- h. würdigt die finanzielle Unterstützung der Europäischen Union für die grenzüberschreitende Ausbildung durch die Programme ESF+, EFRE, ERASMUS+ und INTERREG;
- i. ist der Ansicht, dass die duale Ausbildung eine Möglichkeit darstellt, die Zahl der NEETs (*Not in Education, Employment or Training*), d. h. der jungen Menschen, die weder studieren noch arbeiten oder eine Ausbildung absolvieren, zu verringern;
- j. ist davon überzeugt, dass Soft Skills für jeden, der eine duale Ausbildung absolviert, von grundlegender Bedeutung sind;
- k. vertritt die Auffassung, dass die duale Ausbildung ein wichtiges Instrument im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist und es durch die Anpassung des Ausbildungsangebots an die Bedürfnisse des Marktes der Großregion ermöglicht, dem Mangel in bestimmten Berufen zu begegnen.

Der Interregionale Parlamentarierrat appelliert an den Gipfel der Exekutiven der Großregion:

1. zur Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität von Auszubildenden, Maßnahmen zu Ausweitung der Sprachkenntnisse der jungen Menschen zu ergreifen, die Voraussetzung für eine solche Mobilität sind. Die Sprachbildung sollte bereits in einer möglichst frühen Lebensphase in Einrichtungen wie Kindertagesstätten beginnen. So sollten die Möglichkeiten, die das Land Rheinland-Pfalz geschaffen hat, französische Sprachfachkräfte über das Sozialraumbudget (§ 25 KiTaG) oder als profilergänzende Kraft (vgl. Ziffer 7 der Fachkräftevereinbarung) einzustellen (www.kita.rlp.de) langfristig aufrecht erhalten werden. Die Region Grand Est hat jungen Menschen auch die Sprachplattform "Do You Speak Jeun'Est" zur Verfügung gestellt, die das Interesse junger Menschen an Mobilität wecken soll.
2. die Anerkennung und Zertifizierung von Kompetenzen, die in den in der Großregion angebotenen Ausbildungsangeboten erworben wurden, auszuweiten;
3. einen klaren Rechtsrahmen für die grenzüberschreitende Mobilität zu schaffen und damit einen Rechtsstatus für Auszubildende zu schaffen, der von den Behörden der jeweiligen Teilregion anerkannt wird;
4. Informations- und Konsultationsplattformen in den sozialen Medien wie die Webseite „Réussir sans frontières“ der Region Grand Est einzurichten, um junge Menschen über die grenzüberschreitende duale Berufsausbildung in der Großregion zu informieren;
5. die methodischen und pädagogischen Kompetenzen der Ausbilder durch spezialisierte Schulungen weiterzuentwickeln;
6. die bestehenden Handlungsansätze wie Kooperationsabkommen und -verträge zwischen den Gebieten der Großregion zu nutzen und auszubauen;
7. Treffen zwischen den Akteuren der dualen Ausbildung zu organisieren, um die Übereinstimmungen zwischen den verschiedenen Ausbildungssystemen zu ermitteln und eine Methodik für die Umsetzung eines harmonisierten Rahmens zu definieren;
8. das Fachwissen und die Kompetenzen der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA), der Task Force Grenzgänger und der EURES-Netzwerke für die Durchführung von grenzüberschreitenden Ausbildungsprojekten zu nutzen;
9. eine Übersicht über die in den verschiedenen Teilregionen bestehenden Mangelberufe zu erstellen, um die Angebote im Bereich der dualen Ausbildung erkennbar zu machen;

Der **Interregionale Parlamentarierrat** richtet diese Empfehlung an:

- den Regionalrat Grand Est,
- die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens,
- die Regierung der Föderation Brüssel-Wallonien,
- die Regierung der Wallonie,
- die Regierung des Großherzogtums Luxemburg,
- die Regierung des Landes Rheinland-Pfalz,
- die Regierung des Saarlandes,
- das Sekretariat des Gipfels der Großregion,
- die Europäische Kommission.